

# Globale Bewegungsfreiheit und sozialökologische Transformation

## Linke Strategien nach dem Sommer der Migration

### Leere Provokationen und unerwartete Erfolge

Für antirassistische und internationalistische Linke in Europa war der Spätsommer 2015 eine geradezu verstörende Situation.<sup>1</sup> Nachdem sie das europäische Grenzregime jahrzehntelang als repressiv und tödlich kritisiert und stattdessen offene Grenzen gefordert hatten, und nachdem diese Forderungen ebenso lang ignoriert beziehungsweise als utopisch oder extremistisch zurückgewiesen worden waren, standen Europas Grenzen 2015 plötzlich so offen wie wohl nicht mehr seit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989–91. Dass die deutsche Bundesregierung die partielle Grenzöffnung mit humanistischer Rhetorik verteidigte und die BILD-Zeitung den alten Antifa-Slogan *#RefugeesWelcome* zum Hashtag einer Spendenkampagne machte, markierte einen historischen Höhepunkt des Einflusses linker Kräfte auf die europäische Migrationspolitik.

Bereits seit den frühen 1980er Jahren haben selbstorganisierte Sans-Papier und Refugees wie auch die antirassistische Linke das Projekt globaler Bewegungsfreiheit immer wieder lautstark vertreten, also die Idee, dass sich alle Menschen frei auf der Erde bewegen können, dass sie leben und sich niederlassen können, wo sie möchten, und dabei gleiche Rechte genießen, ungeachtet ihrer Nationalität, ihrer Staatsbürgerschaft oder anderer Kriterien. Dennoch waren sie auf die Grenzöffnung von 2015 und deren soziale und politische Folgen nur unzureichend vorbereitet. Dies machte etwa der linke Philosoph Slavoj Žižek im Oktober 2015 deutlich. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung sah er Europa nicht nur durch rechtspopulistische EinwanderungsgegnerInnen infrage gestellt, sondern »auch bedroht von sentimental

Linken, die heuchlerisch für offene Grenzen plädieren« (Žižek 2015). Žižek bezeichnete die Idee offener Grenzen als »nicht durchsetzbar«, es werde »nie dazu kommen«. Diese Forderung werde von »Linksliberalen« vertreten, die ihre moralische Überlegenheit genauso ge-

---

#### Fabian Georgi

ist promovierter Politikwissenschaftler und als wissenschaftlich Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg tätig. Er engagiert sich bei im Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet).



nössen wie ihre politische Impotenz.

Die Art und Weise, wie Žižek diese Position kritisierte, war ärgerlich und unsolidarisch. Seine rhetorische Pöbelei enthielt jedoch einen wahren Kern: Linke Slogans wie »No Border, No Nation« funktionierten lange Zeit als inspirierende Provokationen, deren Attraktivität sich unter anderem daraus speiste, der Unmenschlichkeit der Grenzregime mit einer Radikalität zu begegnen, die sich auch moralisch gut anfühlt. Tatsächlich ist die Forderung nach offenen Grenzen oft eine ›leere‹ Provokation. Nur selten wurde und wird darüber nachgedacht, welche Konsequenzen eine sofortige Öffnung der Grenzen hätte. Wenn etwa konservative Kräfte heute behaupten, auch ein Land wie Deutschland könne doch pro Jahr nicht eine Millionen Menschen oder mehr aufnehmen, bleiben linke Akteure oft sprachlos. Hinter Slogans wie »Refugees Welcome« steht offenbar nur selten ein konkreter Plan. Die Forderung nach offenen Grenzen ist zu selten mit einem umfassenden Projekt sozialer, ökonomischer und ökologischer Transformation verbunden, das es ermöglichen würde, viele Menschen jährlich menschenwürdig aufzunehmen und zugleich ganzen Gesellschaften einen Ausweg aus der von Unsicherheit, Stress und Konkurrenz geprägten neoliberalen Sackgasse zu weisen.

Dieser Mangel an Reflexion, die ungenügende Verbindung antirassistischer Forderungen mit politökonomischen Strategien und gesamtgesellschaftlichen Projekten, fällt der europäischen Linken nun, nach dem Sommer der Migration, politisch auf die Füße. Als Problem erweist sich nicht nur, dass – als Resultat neoliberaler Austeritätspolitik – gerade kommunale Strukturen bei der menschenwürdigen Aufnahme der Geflüchteten teils überfordert waren. Mehr noch: Relevante Teile der europäischen Bevölkerungen fürchten, eine Politik der offenen Grenzen würde die soziale Konkurrenz um ohnehin durch kapitalistische Krisenprozesse und ihre neoliberale Regulation prekär gemachte (öffentliche) Güter wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Wohlfahrt und Arbeit weiter verschärfen. Im Umfeld national-chauvinistischer Bewegungen und Parteien (AfD, FN, FPÖ, PiS, SVP, UKIP u.v.m.) wird diese Sorge angeheizt und für rechte Scheinlösungen instrumentalisiert. Gleichzeitig ist es kaum verwunderlich, dass bestimmte Milieus unter den Bedingungen eines austeritär-neoliberalen Krisenregimes auf reale oder drohende Prekarität und aus Angst vor verschärfter sozialer Konkurrenz wohlstandschauvinistisch reagieren.

Mehr noch: Die Forderung nach offenen Grenzen geht mitunter auch an den Kernanliegen von sozialen Bewegungen aus dem globalen Süden vorbei. Diese streiten vor allem für bessere Lebensbedingungen vor

Ort und nicht dafür, dass individuelle Flucht und Mobilität einfacher werden soll. Die Forderung nach offenen Grenzen scheint schlimmstenfalls eine moralistische Position zu sein, die jene politökonomischen Strukturdaten aus den Augen verliert und verewigt, die Menschen aus dem globalen Süden immer wieder dazu bringt, sich für Flucht und Auswanderung entscheiden zu müssen.

Angesichts dieser Widersprüche ist die europäische Linke mit harten Fragen nach den Bedingungen und den (realpolitischen) Konsequenzen ihrer Haltung zu Migration und Grenzen konfrontiert. Sie steht vor der Aufgabe, intensiv über Projekte einer linken Migrationspolitik zu debattieren. Entscheidend ist, die Ziele globaler Bewegungsfreiheit und menschenwürdiger Lebensbedingungen im globalen Süden und Norden nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Tatsächlich sind beide Ziele aufeinander verwiesen.

### **Globale Bewegungsfreiheit: Ethisch geboten und strategisch notwendig**

Migrationskontrollen sind ein grundlegendes und nicht beliebig aufhebbares Strukturmerkmal bürgerlich-kapitalistischer Staaten. Die Europäisierung (und Internationalisierung) eines ›Migrationsmanagements‹ definiert dessen historisch jüngste Phase. Seine ständige Umgestaltung wird zentral durch zwei Konflikte vorangetrieben (vgl. Georgi 2016b).

Der erste besteht zwischen verschiedenen Fraktionen der ›Weltarbeiterklasse‹. Auf der einen Seite steht eine subalterne Mobilität: Menschen aus peripheren Räumen versuchen, durch Migration (in die nächste Stadt, in regionale Metropolen oder in den globalen Norden) Schutz, Arbeit und ein besseres Leben zu finden. Dass Menschen sich immer wieder und in grosser Zahl individuell für eine solche Mobilität entscheiden, erscheint unter kapitalistischen Bedingungen als gleichsam systemische Notwendigkeit: Die negativen Folgen von sozialen Verwüstungen und ökonomischen Krisen und deren Eskalation zu gewaltsamen Konflikten und (Bürger-)Kriegen, die oft eigenen ethnisierten und religiösen Logiken folgen, ist ein Grundmuster des Kapitalismus, auf das Menschen immer wieder mit Flucht und Auswanderung reagieren werden. Auf der anderen Seite reagieren grosse Teile der Bevölkerungen des globalen Nordens restriktiv auf diese Mobilität. Angesichts von drohender und realer Prekarität, sozialer Ausgrenzung und Konkurrenz versuchen sie, in einer rassistisch geprägten Dynamik die Privilegien ihrer ›imperialen Lebensweise‹ und den Mehrwert ihrer ›national-sozialen‹ Bürgerrechte auch durch repressiv ausgebaute Migrationskontrollen abzusichern.



Der zweite Konflikt ist eine ›arbeitskraftpolitische‹ Auseinandersetzung. Hier geht es darum, wie die europäischen Staaten die für den kapitalistischen (Re-)Produktionsprozess nötigen Arbeitskräfte mobilisieren. Wie frühere Arbeitskraftstrategien zielt das heutige ›Migrationsmanagement‹ darauf, die Mobilität der Weltarbeiterklasse zu regulieren und sie abgestuft zu entrechten, dieses Mal durch ihre ›Migrantisierung‹ als Effekt von Ausländerrecht und rassistischen Diskursen.

Was staats- und kapitalnahe ExpertInnen heute fordern, ist somit nichts anderes als ein System ›globaler Apartheid‹: Die überwiegende Mehrheit subalternen Bevölkerungen soll in ihren ›Homelands‹ räumlich fixiert werden, während die Mobilität nützlicher Gruppen durch Pässe, Visa und Grenzen selektiv in Wert gesetzt, also profitabel gemacht wird. Der gewollte Effekt ist, dass die meisten Menschen im globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. ›Migrationsmanagement‹ zielt darauf zu verhindern, dass scheidende und ungleiche Akkumulation und damit verbundene soziale Krisen und Kriege aus peripheren Räumen in den globalen Norden ›überschwappen‹. Erst eine solch selektive Blockade *ermöglicht* es den Eliten und Bevölkerungen im Norden, ihre ›imperiale Lebensweise‹ zu genießen, die notwendigerweise darauf beruht, deren soziale, ökologische und ökonomische Kosten zu externalisieren und die so im globalen Süden erzeugten Lebensbedingungen ignorieren zu *können*. Aus diesem Zusammenhang speist sich die ›tiefe Hegemonie von Grenzen‹. Migrationskontrollen sind Teil des Staatsfetischs. Wie der Staat insgesamt erscheinen sie dem Alltagsbewusstsein der Menschen im globalen Norden als selbstverständliche und unhintergehbare Voraussetzung der eigenen Existenz.

Migrationskontrollen haben also den Effekt, periphere Bevölkerungen zu entmachten, ihre Stellung in den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen massiv zu schwächen – und so ihren subalternen Status zu verewigen. Gelänge es, ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit durchzusetzen, würde sich die Machtstellung der subalternen Fraktionen der Weltarbeiterklasse dramatisch verbessern. Globale Bewegungsfreiheit ist deshalb nicht nur ethisch geboten, sondern strategisch notwendig, um globale Kräfteverhältnisse im emanzipatorischen Sinne zu verschieben. Dies wiederum ist eine Bedingung dafür, die Ursachen kapitalistischer Krisen und Kriege endlich aufzuheben.

### **Rechtfertigung: Humanismus und Internationalismus**

Aufbauend auf einer solchen, hier nur angedeuteten Analyse lässt sich das Projekt globaler Bewegungsfreiheit humanistisch und internationa-



listisch begründen. Aus humanistischer Perspektive lassen sich die Implikationen des Menschenrechtsdiskurses zuspitzen: Wenn alle Menschen frei und gleich an Würde und an Rechten geboren sind, dann müssen alle Privilegien, die auf zufälligen oder ethisch irrelevanten Eigenschaften basieren, abgeschafft werden. Die grossen Emanzipationskämpfe gegen Feudalismus und Sklaverei wurden auf dieser Grundlage geführt, ähnlich die Kämpfe gegen Kastensysteme, patriarchale Unterdrückung, rassistische Entrechtung und die heteronormative Diskriminierung von LGBTI. In der Vergangenheit dachten vor allem Weisse Menschen, dass Schwarze Menschen natürlich nicht die gleichen Rechte haben könnten wie sie. Männer dachten, dass Frauen ihnen natürlich untergeordnet seien. Und heute denken die StaatsbürgerInnen des globalen Nordens, dass die Menschen des globalen Südens selbstverständlich an Grenzen gestoppt und abgeschoben werden dürfen. Hier setzt das Projekt globaler Bewegungsfreiheit an. Es entlarvt die scheinbare Selbstverständlichkeit von Migrationskontrollen als eine weitere, willkürliche und nicht zu rechtfertigende Hierarchisierung von Menschen. Es zielt nicht auf eine ›linke Migrationspolitik‹, nicht auf ›humane‹ und ›faire‹ Kontrollen. Es zielt auf deren Abschaffung.

Eine solch humanistische Kritik muss um einen politischen Internationalismus ergänzt werden, der Grenzregime als Bestandteil der ›Regulationsweise‹ kapitalistischer Formation begreift. Dies hiesse zu verstehen, dass in Grenzregimen die Stabilisierung einer Ordnung ausgefochten und organisiert wird, die für die grosse Mehrheit der Menschen – und zwar sowohl im globalen Süden als auch im Norden – zunehmend negative Konsequenzen hat. Ein wichtiger Schritt besteht deshalb darin, das gemeinsame Interesse von Menschen im Süden und im Norden an einer Aufhebung der Vielfachkrisen eines scheiternden Kapitalismus zum gemeinsamen Ankerpunkt einer praktischen Kritik unmenschlicher Grenzregime zu machen. Auch wenn es kompliziert ist, diesen Anspruch in der politischen Alltagspraxis umzusetzen: Grund für Optimismus bietet immerhin die Einsicht, dass vielfältiges Engagement und (real)politische Praxis zu Migration und Grenzen dann zu einer (langfristigen) Überwindung des in Grenzregimen menschengemachten Leids beitragen können, wenn zugleich deren systemische Gehalte offen artikuliert und angegriffen werden.

### **Richtungsforderungen und Transformationsprojekte**

Dennoch ist es auf der Basis einer solch grundlegenden Analyse und Kritik schwierig, konkrete Ansatzpunkte für eine linke Migrationspolitik zu entwerfen. Jede progressive Migrationspolitik wird letztlich in dem Wi-



derspruch gefangen bleiben, dass Migrationskontrollen in einem kapitalistischen und rassistischen Weltsystem immer gewaltvoll sind, ein Teil des Problems, das abgeschafft gehört.

Dennoch können Richtungsforderungen sinnvoll sein, radikalreformistische Transformationsprojekte, die in der Logik einer revolutionären Realpolitik das Terrain bereiten (Räume, Netzwerke, Diskurse, Institutionen), auf dem um die Abschaffung von Kontrollen gekämpft werden kann. Im Folgenden skizziere ich fünf solcher strategischer Projekte.

### ***Projekt I: Einen offensiven Diskurs entwickeln.***

Linke und linksliberale KritikerInnen der europäischen Migrationspolitik sehen sich mit nur schwer auflösbaren Widersprüchen konfrontiert. Verzweifelt verteidigen sie die Überreste des ›Flüchtlingsschutzes‹ – und affirmieren so die Abschottung gegenüber Migration aus ökonomischen und anderen Gründen. Sie empfinden gewaltsame Abschiebungen als zutiefst unmenschlich und wissen, dass der EU-Türkei-Deal vom März 2016 die (eigene) privilegierte Lebensweise absichert. Doch sie schrecken davor zurück, die Konsequenzen aus ihrer ethischen Sensibilität zu ziehen: keine Abschiebungen, ein globales Recht auf Migration, gleiche Rechte für alle.

Für dieses Zögern gibt es Gründe: die Taktik pragmatischer Realpolitik, die Sorge, offene Grenzen untergraben die Fundamente des europäischen Sozialmodells. Globale Bewegungsfreiheit scheint ethisch geboten – und zugleich unmöglich. Viele Linke sind sich dieses Dilemmas nur zu bewusst. Es wird meist ignoriert. Weil sich die Linke nicht mit den Widersprüchen der eigenen Position konfrontiert, gerät sie in die Defensive: Sie ist darauf verwiesen, die Einhaltung von Menschenrechten anzumahnen und die Nützlichkeit von MigrantInnen zu beschwören. Um in die Offensive zu gelangen, müsste sie diese Widersprüche intensiv reflektieren und daraus eine neue Ethik entwickeln, einen offensiven Diskurs, der sich, wie oben beschrieben, auf Humanismus und Internationalismus stützen könnte, Nord-Süd-Verhältnisse und Arbeitskraft als die ›eigentlichen‹ Probleme benennt, utilitaristische Erwägungen zurückweist und das Recht auf globale Bewegungsfreiheit selbstbewusst zum Massstab des eigenen politischen Handelns erklärt.

### ***Projekt II: Progressives Rollback.***

Als Minimalprogramm, als ›Haltelinien‹, müsste eine progressive Migrationspolitik die in den letzten Jahrzehnten eingeführten asylpolitischen Verschärfungen zurücknehmen und das Recht auf Schutz vor

Verfolgung und Krieg wieder voll zur Geltung bringen. Zudem muss sie die Rechte von Illegalisierten verteidigen und juristisch verankern, genauso ihren Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und Rechtsschutz gegen Gewalt und Ausbeutung. Sie muss die Kooperation von Kitas, Schulen, ÄrztInnen oder kommunalen Einrichtungen mit den Ausländerbehörden beenden. Vorbild könnten die Sanctuary cities in Nordamerika sein, darunter Toronto, Los Angeles und New York. Auch in Deutschland (Frankfurt a.M., Berlin) und der Schweiz (Zürich, Bern, Basel) gibt es mittlerweile ähnliche Initiativen, die soziale und politische Rechte an den Aufenthalt in diesen Städten (Urban citizenship) binden wollen.

### ***Projekt III: Massenlegalisierung.***

»Aquí estamos y no nos vamos!« riefen migrantische AktivistInnen in den USA bei den Massenprotesten von 2006. »Wir sind hier, und wir gehen nicht weg!« Ähnlich wie bereits oft zuvor in den USA und in europäischen Staaten geschehen, müsste eine radikalreformistische Migrationspolitik es zu ihrem Projekt machen, die bereits hier lebenden Menschen zu legalisieren. Auch wenn solche Initiativen in den letzten Jahren, etwa in der Schweiz, abgeschmettert wurden – das Prinzip ›Bleiberecht für alle‹ bleibt zentral. Perspektivisch wären politische und soziale Bürgerrechte an den Aufenthalt in einem Land zu knüpfen, ein Prinzip, das der Geograf Harald Bauder (2012) als *jus domicile* bezeichnet.

### ***Projekt IV: Visaregime abrüsten.***

Eine radikalreformistische Migrationspolitik müsste schliesslich die globale Apartheid der europäischen Visaregime durchbrechen. Ohne Visazwang könnten die Menschen, die derzeit im Mittelmeer ertrinken, gefahrlos mit Fähren und Flugzeugen nach Europa gelangen. Meint man es ernst damit, das Sterben an den Grenzen zu beenden, bleibt keine Wahl, als Visavorgaben abzuschaffen oder radikal zu liberalisieren. Eine Möglichkeit wären ›Asylvisa‹, die dazu berechtigen würden, in den Schengenraum einzureisen, um dort einen Asylantrag zu stellen. Menschen werden auch weiterhin versuchen, in der EU Schutz und Arbeit zu finden. Eine linke Migrationspolitik muss ihnen ermöglichen, dies gefahrlos zu tun.

### ***Projekt V: Neoliberalismus überwinden.***

Um jedoch überhaupt eine Chance zu haben, weite Teile der prekarierten Schichten und kleinbürgerliche Milieus anzusprechen, müsste ei-



ne linke Migrationspolitik mit wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien verbunden werden. Eine progressive Verschiebung von Migrations- und Asylpolitiken liesse sich erst dann erreichen, wenn die durch neoliberal regulierte Wachstumsmodelle erzeugte Prekarität substanziell abgeschwächt würde. Denn es ist gerade die verbreitete Furcht vor dem Ausschluss aus der neoliberalen Leistungs- und Wohlstandsgemeinschaft, die rassistischen Kräften ideale Bedingungen für ihre Mobilisierungen bietet. Würde es gelingen, eine sozialistisch-ökologische Transformation in Gang zu setzen, die Existenzängste und Konkurrenz durch soziale Sicherheit ersetzt, würde dies chauvinistischen Kräften die Mobilisierung erschweren und sie strukturell schwächen. Eine Überwindung neoliberaler Austeritätspolitik würde auch die politisch erzeugte Überforderung öffentlicher Strukturen bei der Unterstützung von Geflüchteten beenden. Die Kosten hierfür wie auch für massive Investitionen in soziale Infrastrukturen und eine ökologische Transformation können nur durch eine Umverteilung von oben nach unten finanziert werden.

### Brenn glass Flüchtlingskrise

In der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16 sowie ihren Folgen schiessen somit, wie in einem Brennglas, die inneren Widersprüche und selbsterstörerischen Tendenzen der gegenwärtigen Formation zusammen. Die Vielfachkrisen im globalen Süden haben entscheidend zum ›Sommer der Migration‹ beigetragen. Die tiefe Krise des europäischen Grenzregimes macht deutlich, dass das globale Modell eines *Gated Capitalism* (Rainer Rilling), in dem sich schrumpfende Wohlstandszonen vom zerfallenden Rest der Weltwirtschaft abschotten, letztlich nicht stabil sein kann. Innerhalb der EU haben Sozialabbau und Prekarisierung national-chauvinistische Reaktionen derart begünstigt, dass die Mobilisierungen rechtspopulistischer Kräfte sich in ein gleichsam proto-faschistisches Projekt transformieren, dass die Strukturkrise der neoliberalen Formation mit reaktionären Scheinalternativen beantwortet. Schliesslich haben europäische Regierungen durch ihr Festhalten am neoliberalen Dogmen der Austerität (Schuldenbremsen, *Economic governance*) ihre Möglichkeiten beschnitten, die gegenwärtigen Krisen durch den Einsatz öffentlicher Ressourcen zu bearbeiten.

Nicht nur die gesellschaftliche Linke, sondern die Gesellschaften des globalen Nordens insgesamt stehen heute vor der Entscheidung, ob sie bereit sind zu akzeptieren, dass ihre eigene bröckelnde Lebensweise durch die globale Apartheid tödlicher Grenzregime abgesichert wird.



## Anmerkung

1 Der Text ist eine überarbeitete Version aus Georgi 2014 und 2016a.

## Literatur

Bauder, Harald (2012): Jus domicile. In pursuit of a citizenship of equality and social justice.

In: *Journal of International Political Theory*, 8(1–2) 2012. S. 184–196.

Georgi, Fabian (2014): Was ist linke Migrationspolitik? In: *LuXemburg* 3/2014. S. 110–115.

Georgi, Fabian (2016a): Offene Grenzen als Utopie und Realpolitik? In: *LuXemburg* 1/2016. S. 72–77.

Georgi, Fabian (2016b): Widersprüche im Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: *Prokla* 183, Nr. 2/2016. S. 183–203.

Žižek, Slavoj (2015): Merkel hat zu lange geblufft. In: *Süddeutsche Zeitung*, 20.10.2015.



# Eckwerte einer fortschrittlichen Regionalpolitik

Migration und Flucht spiegeln skandalöse globale Ungleichheiten, (Post-)Kolonialismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. Wir brauchen eine Weltpolitik, die allen Regionen und allen Bevölkerungsschichten dieser Erde Perspektiven auf ein würdiges Leben eröffnet. Wie aber geht das zusammen mit linker Politik in den reichen Ländern, mit Forderungen für mehr soziale Sicherheit, für Mindestlöhne, für eine aktive Industriepolitik? Wie kann die Linke vermeiden, in den Sog des Standortwettbewerbs zu geraten und Politik auf Kosten der Bevölkerung anderer Länder gutzuheissen? Im folgenden Text wird argumentiert, dass die Linke gerade für die reichen Länder dringend einen konzeptionellen Rahmen für eine fortschrittliche, nichtnationalistische Regionalpolitik benötigt. Nur so lässt sich auch eine fortschrittliche Migrationspolitik vom Nimbus eines romantischen Gutmenschentums befreien. Beides, Regionalpolitik und Migrationspolitik, sind zwei Seiten derselben Medaille<sup>1</sup>.

Im Herbst 2008 wurde die grösste Bank mit Sitz in der Schweiz, die UBS, mit einem staatlichen Rettungspaket im Umfang von 68 Milliarden Franken vor dem Niedergang gerettet. Im Winter 2008 zahlte die UBS ihren MitarbeiterInnen Boni in der Höhe von drei Milliarden Franken aus. Die Reaktionen in der medialen und politischen Öffentlichkeit fielen scharf aus und waren von Empörung und Unverständnis geprägt. Kurz darauf zogen die US-Behörden die UBS für Anstiftung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung zur Verantwortung und drohten ihr mit juristischen Verfahren. Parallel begannen auch die EU und insbesondere Deutschland, den Druck auf den Finanzplatz Schweiz und auf das hiesige Bankgeheimnis zu erhöhen. Reflexartig wurde nun in der Schweizer Politik und in den Mainstream-Medien der nationale Schulterschluss zugunsten des hiesigen Finanzplatzes und der UBS zelebriert – zum Teil von denselben Personen, die eben noch ihrem Unmut über die UBS Ausdruck gegeben hatten. Die Verhöhnung der Schweizer Bevölkerung durch die UBS war über Nacht vergessen. Das Ganze nahm bizzare Formen an:

Wer sich dem nationalistischen Halali nicht anschloss, wurde vom damaligen SVP-Präsident Toni Brunner öffentlich des Landesverrats beschimpft. Diese

---

## Beat Ringer

ist geschäftsführender Sekretär des Denknetzes und war bis 2016 Zentralsekretär der Gewerkschaft VPOD.